

Zeitschrift: NIKE-Bulletin
Herausgeber: Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe
Band: 39 (2024)
Heft: 3

Rubrik: Notices

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Kulturpolitische Aktivitäten

Mit der Kulturbotschaft verhandelte der Ständerat im Frühsommer als Erstrat das wichtigste Geschäft für die Kulturpolitik in dieser Legislatur. Weiter stehen Geschäfte aus den Bereichen Raumplanung und Energiepolitik im Fokus des Interesses und der politischen Aktivitäten der NIKE.

In Rahmen der Sommersession, die vom 27. Mai bis 14. Juni 2024 stattfand, befasste sich das Parlament neben der Kulturbotschaft mit vier weiteren Geschäften von Interesse für den Bereich des Kulturerbes und der Kulturpolitik.

Im Nationalrat stand die BFI-Botschaft 2025–2028 zur Verhandlung. Die Grosse Kammer beschloss dabei, die Mittel, insbesondere für den ETH-Bereich und die Hochschulen, aufzustocken. Um auch zusätzliche Einnahmen zu erwirtschaften, sollen die Studiengebühren für ausländische Studierende an der ETH angehoben werden. Ferner befasste sich das Parlament mit drei weiteren Geschäften, die für das Kulturerbe von Interesse sind: erledigt wurden zwei Parlamentarische Initiativen von Werner Salzmann und der Grünen Fraktion, die beide Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung beim Ausbau erneuerbarer Energien forderten, wobei die Schutzinteressen hinter den Interessen der Energieerzeugung anstehen sollten. Angenommen und an den Bundesrat zur Weiterbearbeitung weitergereicht wurde das Postulat der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats, das die Erstellung eines Inventars von historischen Wasserkraftanlagen fordert.

Schliesslich wurde in der Volksabstimmung vom 9. Juni das Stromversorgungsgesetz (der sogenannte Energie-Mantelerlass) mit 68,7 Prozent der Stimmen und von allen Ständen angenommen. Damit liegt nun eine breit abgestützte Grundlage für die Förderung der erneuerbaren Energien und die Energieversorgungssicherheit der Schweiz vor. Mit dem neuen Gesetz sollte auch der Rahmen etwas verbindlicher gesteckt sein, in dem Energieprojekte vorangetrieben und realisiert werden können und in dem das Instrument der Interessensabwägung zur Anwendung kommt.

Die Kulturbotschaft 2025–2028 im Ständerat

Am 29. April behandelte die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats die Kulturbotschaft im Rahmen der Detailberatung. Dabei trat sie auf alle vorliegenden Entwürfe des Bundesrats ein. Zu Diskussionen führte die vorgesehene Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG) als Grundlage für die Förderung der Baukultur von hoher Qualität und die gesetzliche Verankerung der Ziele der Davos Declaration von 2018. Eine Kommissionsmehrheit stützte die Anpassung des Natur- und Heimatschutzgesetzes. Eine Minderheit sprach sich gegen ein Eintreten aus.

Die NIKE bedauert, dass der Ständerat die gesetzliche Verankerung der Baukultur nicht stützt. In seiner Beratung am 4. Juni ist der Ständerat im Wesentlichen den Empfehlungen der vorberatenden Kommission gefolgt, jedoch entschied die kleine Kammer mit 25 zu 19 Stimmen bei einer Enthaltung, nicht auf die von der Kommission gestützte NHG-Revision einzutreten.

Zu den Finanzvorlagen gingen erfreulicherweise keine Kürzungsvorschläge ein. Allenfalls gar um zwei Millionen Franken aufgestockt werden sollen die Mittel für Finanzhilfen. Das Geschäft geht nun an die vorberatende Kommission des Nationalrats und wird in der Herbstsession im Nationalrat behandelt.

Abstimmung über die Biodiversitätsinitiative

Der Herbst steht neben den Verhandlungen zur Kulturbotschaft auch im Zeichen des Abstimmungskampfs um die Biodiversitätsinitiative. Die Volksabstimmung ist am 22. September. Die Initiative sieht eine Stärkung des Schutzes von Natur, Landschaft und auch des baukulturellen Erbes vor und fordert insbesondere die Bereitstellung der zur Sicherung der Biodiversität benötigten Flächen, Mittel und Instrumente.

Der Bundesrat hatte 2022 eine Gesetzesrevision des Natur- und Heimatschutzgesetzes als indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative ausgearbeitet. Dieser wurde in der Sommer- und Herbstsession 2023 in beiden Parlamentskammern beraten. Anlässlich der Differenzbereinigung in der Winteression entschied der Ständerat, nicht weiter auf das Geschäft einzutreten, womit der indirekte Gegenvorschlag vom Tisch war.

Die NIKE unterstützt die in der Initiative vertretenen Anliegen, namentlich die Stärkung des Schutzes des baukulturellen Erbes und der Kulturlandschaften.